SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa

Franzmann, Simon

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Franzmann, S. (2008). Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *37*(1), 79-98. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281440

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Simon Franzmann (Köln)

Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien?

Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa

In der Literatur wird vergleichsweise selten erörtert, wie die Europäisierung indirekt den Handlungsspielraum der nationalstaatlich agierenden Parteien einschränkt. Vor allem ist noch nicht untersucht worden, ob sich die Parteien einer Familie grenzübergreifend ähnlicher werden. Diese Lücke soll hier mit einer Untersuchung der christ- und sozialdemokratischen Parteienfamilie für acht Länder untersucht werden. Dies wird im Beitrag auf der Basis der Wahlprogrammdaten des Comparative Manifesto Projects im Hinblick auf ihre Kernthemen, im Hinblick auf die programmatische Übereinstimmung jenseits ideologischer Überlegungen anhand eines Ähnlichkeitsindices und schließlich im Hinblick auf die ideologischen Links-Rechts-Positionen untersucht. Letzteres erfolgt getrennt für eine allgemeine, für eine ökonomische und eine gesellschaftspolitische Links-Rechts-Skala. Im Ergebnis zeigt sich ein Konvergenztrend sowohl innerhalb als auch zwischen den Parteienfamilien. Dieser Konvergenztrend ist am ausgeprägtesten für die grundsätzliche Ähnlichkeit der Wahlprogramme sowie der gesellschaftspolitischen Links-Rechts-Skala.

Keywords: *Parteien, Sozialdemokraten, Christdemokraten, Westeuropa, ideologische Konvergenz*
political parties, Social Democrats, Christian Democrats, Western Europe, ideological convergence

1. Einleitung: Programmatische Konvergenz oder Divergenz in Europa? [1]

In der aktuellen Literatur zur Europäisierung nationaler Parteiensysteme dominieren Arbeiten über den direkten Einfluss Europas. Der indirekte Einfluss, nämlich wie die Europäisierung die Handlungsspielräume der Parteien in den nationalstaatlichen Systemen grundsätzlich gestaltet, ist hingegen selten Gegenstand der akademischen Debatte (Mair 2006). Bei Untersuchungen über direkte Auswirkungen der Europäisierung wird auf die Entstehung transnationaler Parteienföderation, die Untersuchung der Rolle von Parteien im Europäischen Parlament oder anderen europäischen Institutionen sowie „Europa" als Streitthema im nationalen Parteienwettbewerb abgehoben. Im vorliegenden Beitrag soll es jedoch um die indirekten Einflüsse gehen, nämlich inwieweit Europa durch seine Institutionen und seine Rahmengesetzgebung indirekt den Handlungsspielraum der nationalstaatlichen Parteien in ihrer Programmformulierung beeinflusst. Die Schwierigkeit bei solchen Analysen ist die kausale Verknüpfung eines Trends mit dem Phänomen der Europäisierung. Ein bloßer zeitlicher Konvergenzverlauf muss nicht zwangsläufig auf die Europäische Integration zurückzuführen sein. Daher beschränkt sich dieser Beitrag darauf, mit teilweise neuen Untersuchungsmethoden die Empirie deskriptiv zu erfassen und systematisch darzustellen.

Der Fokus richtet sich darauf, wie sich die Programmatik der christ- und sozialdemokratischen Parteienfamilie entwickelt hat. In den Gründerstaaten der EWG sind dies die dominierenden Parteienfamilien. In Folge des immer ähnlicher werdenden Politikrahmens der EU-Mitgliedsstaaten verfügen die nationalstaatlichen Akteure über einen zunehmend ähnlich gestalteten Handlungsspielraum. Grundsätzlich ist daher ein Trend zur grenzübergreifenden programmatischen Konvergenz hin zu erwarten, wie er auch von Keman und Pennings (2006) schon diagnostiziert wurde. Konkret würde das bedeuten, dass z.B. die österreichische ÖVP und die deutsche CDU im Zeitverlauf eine immer ähnlichere Programmatik aufweisen. Im Rahmen der Europäisierungsdebatte erhält diese Fragestellung in der Diskussion um eine Demokratisierung der europäischen Ebene ihren besonderen Reiz. Je einheitlicher die Programme einer Parteienfamilie grenzübergreifend sind, desto eher können sie auch auf europäischer Ebene als Antagonisten zur Etablierung eines funktionierenden demokratischen Parteienwettbewerbs dienen.

Die Analysen erfolgen anhand der Wahlprogrammdaten des *Comparative Manifestos Project* (CMP; Budge et al. 2001). Er ist der einzige Datensatz, der eine komplette Längsschnittbetrachtung der Programmatik seit 1945 ermöglicht. Die Programmatik soll nach drei unterschiedlichen Aspekten untersucht werden, nämlich, (1) inwieweit das Profil der Kernthemen sich über Ländergrenzen hinweg für einzelne Parteienfamilien vereinheitlicht hat, (2) inwieweit die Wahlprogramme jenseits von ideologischen Links-Rechts-Überlegungen inhaltlich übereinstimmen, (3) inwieweit sich die Politikpositionen auf der *„Links-Rechts"*-Skala angeglichen haben.

Der erste Schritt dient zur Klärung, inwieweit sich die Parteien einer Familie in ihrem Profil tatsächlich ähneln. Dominieren die Einflüsse der nationalstaatlichen Konkurrenten, oder ist das Programm grenzüberschreitend von der Ideologie der Parteienfamilie geprägt?

Der zweite Aspekt ist eine Neuerung. Wie ähnlich sind die Wahlprogramme einer Parteienfamilie überhaupt? Wie stark ähneln sich das Programm der österreichischen SPÖ und das der deutschen SPD? Mit Hilfe der Umformung eines bewährten Dissimilaritätsmaßes (Franzmann/Wagner 1999) wird dies analysiert. Es wird gemessen, wie stark sich die Programme jeweils anpassen müssten, um dieselben Themen im gleichen Ausmaß zu betonen.

Der dritte Aspekt, die Untersuchung der Entwicklung der Parteipositionen auf der Links-Rechts-Skala, ist der wohl am häufigsten betrachtete (Budge 2001; Keman/Pennings 2006). Zu berücksichtigen ist hierbei, dass das Grundverständnis der Richtungsbegriffe „rechts" und „links" von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen kann und somit eher Rückschlüsse auf gesamtsystemische Entwicklungen zulassen (Fuchs/Klingemann 1990). Es wird nicht nur die allgemeine, eindimensionale Links-Rechts-Skala betrachtet, sondern es werden zusätzlich auch getrennt eine ökonomische und eine nicht-ökonomische Skala konstruiert.

Als Untersuchungsfälle wurden die Länder ausgewählt, in denen seit 1945 sowohl sozial- als auch christdemokratische Parteien eine entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung gespielt haben.[2] Dies sind Belgien (Flandern & Wallonien), Luxemburg, Schweiz, Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und die Niederlande. Für die Niederlande wird für die Zeit vor der Gründung des CDA die KVP analysiert. Bei Frankreich werden die gaullistischen und neo-gaullistischen Parteien als Äquivalente zu Christdemokraten aufgefasst.[3] Spanien und Portugal werden auf Grund ihrer besonderen Entwicklung im Untersuchungszeitraum im Rahmen ihrer späten Demokratisierung nicht berücksichtigt. Die Analyse umfasst somit die Gründerstaaten der EWG sowie mit der Schweiz ein Nicht-EU-Mitglied und mit Österreich ein spät dazu gekommenes EU-Mitglied.

2. Untersuchungsmethode

Vor den empirischen Untersuchungen wird zunächst der methodische Rahmen entwickelt. Wie in Volkens (2006) werden die nationalstaatlichen Wahlprogramme untersucht, nicht die Wahlprogramme zu den Europawahlen. Für Konvergenzuntersuchungen eignen sich letztere nicht, da häufig transnationale Parteiplattformen formuliert werden. Zum anderen geht es in vorliegendem Beitrag gerade darum, die Entwicklung auf der nationalstaatlichen Ebene zu beleuchten.

Der Datensatz wird aber methodisch anders ausgewertet. Dies geschieht auf zweierlei Wegen: Zum einen werden mit dem Profil der Themenführerschaft und der Ähnlichkeit Aspekte untersucht, die so dort nicht zu finden sind. Zum anderen wird eine andere Operationalisierung des Links-Rechts-Schemas zu Grunde gelegt. Diese Operationalisierung orientiert sich stärker an den ursprünglichen salienztheoretischen Grundüberlegungen. Es wird auf den Unterschied zwischen Valenz- und Positions-Issues Rücksicht genommen, und es werden alle Themen sowohl nach ihrem zeitlichen als auch räumlichen Bezug empirisch charakterisiert. Der CMP-Datensatz unterstellt ein einheitliches Links-Rechts-Schema für alle Länder und über alle Zeiten. Für eine erste Annäherung ist dies ohne Zweifel ein Verfahren, mit dem ordentliche Ergebnisse erzielt werden können. Jedoch zeigt ein Test der externen Validität, dass mit dem von Franzmann/Kaiser (2006) vorgeschlagenen Verfahren eine erhebliche Verbesserung herbeigeführt werden kann. Probleme mit der Einordnung der italienischen Kommunisten (Pelizzo 2003) oder den amerikanischen Demokraten 1976 (Budge/Robertson 1987) treten nicht auf. Wie wichtig vor allem die länderspezifische Bestimmung des Issue-Charakters ist, zeigt sich z.B. am Thema der sozialen Marktwirtschaft. Im CMP-Raster ein linkes Thema (Budge/Klingemann 2001, 22), ist dies in Deutschland aber historisch die rhetorische Waffe der politischen Rechten zugleich gegen Wirtschaftsliberalismus und Sozialismus gewesen. Würde man „Soziale Marktwirtschaft" in Deutschland als linkes Thema ansehen, so würde eine erhebliche Missinterpretation der deutschen Wahlkämpfe die Folge sein.[4]

Zunächst erfolgt eine Bestimmung der Kernthemen. Diese erfolgt analog zu dem in Franzmann (2006) vorgeschlagenen Verfahren, drei verschiedene Grade von Kernthemen einer Partei zu identifizieren. Die Kernthemen ersten Grades können als die eigentlichen Konfliktthemen eines Wahlsystems interpretiert werden. Empirisch werden sie über einen signifikanten Unterschied auf dem 5%-Niveau in der Salienz im Vergleich zu anderen Parteigruppen bestimmt. Messzeitraum sind alle verfügbaren Wahlprogramme von 1945-2003. Die Kernthemen ersten Grades sind in der Regel mit der Themenführerschaft einer Partei identisch (Franzmann 2006, 582). Die Kernthemen zweiten Grades müssen nicht unbedingt Konfliktthemen eines Parteiensystems sein. Es sind Themen, die im gesamten Untersuchungszeitraum durchschnittlich mehr als 5% eines Wahlprogramms ausgemacht haben. Wenn dies der Fall war, kann davon ausgegangen werden, dass dieses Thema wesentlicher Bestandteil der Programmatik der betrachteten Partei ist, selbst wenn dies für einen der politischen Gegner ebenfalls gilt. Die Themen dritten Grades sind diejenigen, die im Untersuchungszeitraum 1% über dem Wert aller anderen Parteien liegen.[5]

Bei der dimensional-ideologischen Betrachtung werden Entwicklungstrends der Parteipositionen auf der Links-Rechts-Skala miteinander verglichen. Zur zeitlichen Vergleichbarkeit wurden zehn Zeitperioden festgelegt. Die erste Periode reicht von 1945-1949, alle weiteren folgen mit einer Größe von jeweils sechs Jahren. Somit ist sichergestellt, dass in jeder Periode mindestens eine Wahl stattgefunden hat, gleichzeitig aber nicht zu viele Informationen verloren gehen. Bei mehreren Wahlen in einer Periode wurde das arithmetische Mittel bestimmt. Dies

wurde auch bei der Untersuchung der programmatischen Ähnlichkeit angewandt. Bestimmt werden ein Durchschnittswahlprogramm und die ideologischen Durchschnittswerte für jede Periode und getrennt für die beiden Parteienfamilien.

Zuvor erfolgt eine Messung der Ähnlichkeit der Wahlprogramme jenseits ideologischer Überlegungen. Es ist intuitiv einsichtig, dass nicht jeder programmatische Unterschied in den Wahlprogrammen tatsächlich eine ideologische Polarisierung nach sich zieht. Andererseits sind selbst solche nicht polarisierend wirkenden Unterschiede für die Entwicklung eines Parteiensystems bedeutsam. Nur auf der Basis zuvor angelegter Unterschiede können Parteien sich später programmatisch innovativ betätigen und glaubwürdig Lösungsvorschläge für neue Probleme kreieren (Franzmann 2007). Die Sozialstrukturanalyse hat verschiedene Maßzahlen entwickelt, um die Unterschiedlichkeit zwischen verschiedenen Untersuchungseinheiten zuverlässig zu ermitteln (Franzmann/Wagner 1999). Für die Untersuchung der Wahlprogramme in Bezug auf ihre Ähnlichkeit erscheint eine Abwandlung des Dissimilaritätsindex von Duncan und Duncan (1955) am sinnvollsten.[6] Dieser Index misst, wie stark sich die eine Untersuchungseinheit der anderen anpassen müsste, um vollkommen gleich zu sein. Somit wäre deren Ungleichheit bestimmt. Mathematisch wird sie einfach mit der Summe des absoluten Betrages der Differenz in jeder Variable ermittelt. Zur Bestimmung der Übereinstimmung Ü zieht man diesen Wert von 1 ab.

Die Formel für den Ähnlichkeits- bzw. Übereinstimmungsindex Ü lautet

$$Ü = 1 - ½ \Sigma |Pa - Pb|$$

wobei wobei Pa und Pb der Salienzwert der Partei a bzw. b in der jeweils selben Kategorie ist. Der CMP-Datensatz umfasst maximal 56 verschiedene Kategorien.

Die Division mit 2 ist notwendig, um die Unterschiedlichkeit nicht doppelt so stark zu messen, wie sie wirklich ist. Inhaltlich lässt sich dieser Index leicht interpretieren. Der Ähnlichkeitsindex gibt an, wie hoch die prozentuale Übereinstimmung zweier Parteien in der Hervorhebung von Themen ist. Der Dissimilaritätsindex gibt an, um wie viel Prozentpunkte sich die Programme zur vollkommenen Gleichheit noch anpassen müssten.

Bei der Interpretation der Werte im Zeitverlauf muss bedacht werden, dass nicht jeder Trend alleine auf die Europäisierung zurückzuführen ist. Bislang existiert in der Literatur ein eigentümliches Nebeneinander von Ansätzen aus der Parteiensystemforschung und aus der Europäisierungsdebatte. Letztere diskutiert den Wandel von Parteiensystemen als Folge der Europäisierung (Ladrech 2002), während die Parteiensystemforschung Wandel stärker mit veränderten Cleavage-Strukturen im Zuge der Globalisierung und De-Industrialisierung erklärt (siehe stellvertretend Kriesi 2001; Kriesi et al. 2006; Dolezal 2005; Kitschelt 1994; Esping-Andersen 1999; Seils 2007). Für die Zukunft wäre sicherlich eine Verknüpfung all dieser Forschungsstränge zu einer einheitlichen Theorie zur Erklärung des aktuellen Wandels der europäischen Parteiensysteme von großem Interesse. Der vorliegende Beitrag beschränkt sich darauf, das Instrumentarium zur deskriptiven Analyse des Wandels mit Hilfe der vorgestellten Messmethoden zu verfeinern und die Ergebnisse hier vorzustellen.[7]

3. Bestimmung des programmatischen Profils anhand von Kernthemen

Die empirische Analyse beginnt mit der Betrachtung der Kernthemen. Die Kernthemen bilden den Rahmen, innerhalb dessen sich der Wandel der relativen Ähnlichkeit und ideologisch-dimensionalen Positionierung vollzieht. Vor dem Hintergrund der Cleavage-Theorie können diese Themen als diejenigen interpretiert werden, mit denen die Parteien langfristige Parteien-Wähler-Bindungen (*Alignments)* aufbauen (Lipset/Rokkan 1967). Die StammwählerInnen einer Partei werden sich in ihrer Wahlentscheidung genau auf die Vertretung dieser Themen durch „ihre" Partei berufen. Sollte eine Partei ein solches Kernthema vernachlässigen, so muss sie mit Verlusten bei ihren StammwählerInnen rechnen (Franzmann 2006, 577). Bei Fortbestehen der Parteien-Wähler-Bindungen bilden die Kernthemen die Basis für die Unterschiedlichkeit der Parteien innerhalb eines Systems. Sie sind langfristig stabil und kaum einem zeitlichen Wandel unterworfen. Die Analyse der relativen Ähnlichkeit im folgenden Abschnitt kann dann kurz- und mittelfristige Trends und Schwankungen in der Entwicklung der Unterschiedlichkeit aufzeigen. Gleichzeitig definieren sie den Rahmen für die ideologische Mobilität der Parteien.

Ein gemeinsames Merkmal fast aller europäischen Parteiensysteme ist die Existenz sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien. Ihre Entstehung kann in Zuge der aufkommenden Arbeiterbewegung und des Klassenkonfliktes erklärt werden. Entsprechend sollten diese Parteien die Themenführerschaft in Sozialstaats- und gewerkschaftsnahen Themen haben (Rokkan 2000; Bartolini 2000). Christdemokratische Parteien sind hingegen eine Besonderheit einiger mitteleuropäischer Staaten. Historisch sind sie das Endprodukt des Konfliktes zwischen Nationalstaat und römisch-katholischer Kirche.[8] Politisch sind sie in der ersten Phase nach dem 2. Weltkrieg *das* Erfolgsmodell gewesen. In praktisch allen hier analysierten Staaten waren die Christdemokraten von 1945-1970 die pivotale Partei ihres Systems, also die Partei, ohne die eine Regierungsbildung praktisch nicht möglich war (Keman 1997, 107). Gesellschaftlich haben sie als erste Partei klassen- und schichtübergreifend agiert (van Kersbergen 1997, 121f.). Ideologisch sind sie durch eine Verbindung verschiedener Prinzipien gekennzeichnet, unbeachtet ob dieses Prinzip als politisch links oder rechts gilt. Unterscheidungsmerkmal vor allem zu liberalen und sozialistischen Parteien ist ihre moderat-religiöse Werthaltung. Von konservativen Parteien unterschieden sie sich meist durch ihre soziale Grundhaltung. Ferner gelten sie als stärkste Befürworter der europäischen Integration (van Kersbergen 1999, 352). Diese ideologische Grundhaltung schlägt sich deutlich in den präferierten Kernthemen nieder. Abbildung 1a stellt als Pyramide dar, welche Themen von der Mehrheit der betrachteten Parteien als Kernthemen geführt werden. Sie sind der Reihe nach sortiert, welche Themen von der Mehrheit der betrachteten Parteien als Kernthemen geführt werden. Die höchste Stufe gibt das Kernthema wieder, das alle christdemokratischen Parteien teilen, die nächst niedrigere Stufe wird von einer Partei weniger geteilt und so weiter. Die fett gedruckten Themen sind Themen, die von allen als Kernthemen ersten Grades angesehen werden können. *Das* gemeinsame Kernthema der Christdemokraten ist ohne Zweifel der Erhalt traditioneller Moralvorstellungen. Außer in Österreich ist dies immer ein Kernthema christdemokratischer Parteien.

Die Tabellen 1a und 1b weisen aus, wie die Kernthemen in den einzelnen Staaten ausfallen. Auffallend ist hier, dass die Schweizer CVP als einzige Partei in allen diesen Themen eines ihrer Kernthemen sieht und somit als die christdemokratische Partei mit der konsequentesten Programmatik angesehen werden könnte. Ein Ausreißer scheint Österreich zu sein. Die ÖVP teilt nur drei Kernthemen, nämlich die Betonung von Technologie und Infrastruktur sowie die „liberalen" Themen, ökonomische Anreize zu setzen und das freie Unternehmertum zu fördern. Die

Abbildung 1a: Gemeinsame Kernthemen christdemokratischer Parteien

Tabelle 1a: Wichtigste gemeinsame Kernthemen der Christdemokraten

	Belgien Flandern	Belgien Wallonien	Deutschland	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Schweiz
Traditionelle Moralvorstellungen	X	X	X	X	X	X	X		X
Technologie und Infrastruktur positiv		X	X		X		X	X	X
Ausbau des Sozialstaats	X	X	X			X	X		X
Regierungs- und Verwaltungseffizienz	X	X		(UMP)	X		X		X
Militär(ausgaben) positiv	X		X	X	X				X
Militär(-ausgaben) negativ	X	X		X		X			X
Soziale Harmonie	X		X	X			X		X
Ökonomische Anreize setzen positiv				X	(FI)	X		X	X
Freies Unternehmertum positiv			X	X	(FI)			X	X

Abbildung 1b: Gemeinsame Kernthemen sozialdemokratischer Parteien

Tabelle 1b: Wichtigste gemeinsame Kernthemen der Sozialdemokraten

	Belgien Flandern	Belgien Wallonien	Deutschland	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Schweiz
Ausbau des Sozialstaats positiv	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Soziale Gerechtigkeit	X	X	X	X	(PCI-PDS)	X	X	X	X
Gewerkschaften und Arbeiter positiv	X	X	X	X	(PCI-PDS)	X	X		X
Nicht-ökonomisch definierte Bevölkerungsgruppen positiv	X	X	X	X	X			X	X
Verstaatlichung	X	X		X	(PCI-PDS)	X	X	X	X
Militär(-ausgaben) negativ	X	X		X		X			X
Demokratie				X		X	X	X	X
Regulierung des Marktes (Soziale Marktwirtschaft)	X			X			X	X	X
Kultur(-ausgaben) positiv		X		X	X	X	X		
Technologie und Infrastruktur		X	X		X	X		X	

letzten beiden Themen werden hier als neue Themen im grenzübergreifenden christdemokratischen Portofolio angesehen. Sie werden hier als neues Thema aufgeführt, da die *Forza Italia* diese Themen für sich entdeckt hat. Ähnliches gilt für Regierungs- und Verwaltungseffizienz, die in Frankreich durch die UMP ebenfalls Bedeutung erlangt haben. Klassischerweise sind aber neben traditioneller Moral noch Technologie sowie die Befürwortung des Sozialstaats die Spitzenkernthemen, drei sehr unterschiedliche Themen. Positive Aussagen zu Militärausgaben sind zwar nur in Flandern, Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz Kernthemen, dort jeweils aber immer ersten Grades. Auch dieses Thema spricht wieder eine ganz andere Dimension politischen Handelns an. Kennzeichen christdemokratischer Parteien ist offensichtlich, ganz unterschiedliche Segmente des programmatischen Issue-Marktes zu bedienen.[9] Für sozialdemokratische Parteien ergibt sich eine noch klarere Struktur. Die Ergebnisse können Abbildung 1b entnommen werden. Die Kernthemen, die hier an der Spitze stehen, sind alles Kernthemen ersten Grades. Die Befürwortung des Sozialstaates ist ohne Ausnahme Teil der sozialdemokratischen Themenführerschaft. Dies gilt es umso mehr hervorzuheben, als dass ihr Hauptkonkurrent – wie eben gesehen – den Sozialstaat ebenfalls als Teil seiner Ideologie sieht. Nach Sozialstaat folgen in der Hierarchie „Soziale Gerechtigkeit" und „Gewerkschaften". Die italienische PSI konnte hierfür nicht die Themenführerschaft beanspruchen, sondern musste diese den Kommunisten überlassen. Innerhalb der L'Unione sind sie aber heutzutage Teil dessen, was als sozialdemokratisch bezeichnet werden könnte. Außer in den Niederlanden und Luxemburg können Sozialdemokraten traditionell die Interessenvertretung für nicht-ökonomisch definierte Bevölkerungsgruppen für sich beanspruchen, und außer in Deutschland und Italien beanspruchen sie historisch die Themenführerschaft in Verstaatlichungsfragen. Das typischste Programm haben die französischen Sozialisten sowie die Schweizer Sozialdemokraten.

Die Kernthemen sind wie vorhergesagt ein sehr stabiles, aber auch inflexibles Phänomen. Die etablierten Parteien geben keines ihrer Kernthemen auf. Wirklich konfrontativ scheinen sich die beiden Parteiengruppierungen dabei nur selten zu verhalten. Entsprechend salienztheoretischer Überlegungen scheinen sie eher aneinander vorbeizureden (Budge 2001). Neue Themen werden in der Regel von neuen Parteien besetzt. Den etablierten Parteien gelingt so gut wie nie, in einem neuen Themenfeld die Führerschaft zu erlangen. Als beispielhaft für den Untersuchungszeitraum sei hier an grün-alternative Themen gedacht, die ausschließlich Kernbestandteil grüner Programmatik sind. Verliert ein Thema den Status eines Kernthemas für eine Partei, so übernimmt keine andere dieses, sondern in der Regel verschwindet dieses Thema komplett von der politischen Agenda. Eine Restrukturierung des Portfolios an Kernthemen geht in der Regel entweder mit Parteienfusionen, Umgründungen oder der Etablierung eines neuen Konkurrenten einher. Dies kann am besten in Frankreich und Italien beobachtet werden. In den Niederlanden hat die Fusion von CHU, ARP und KVP zur CDA die Befürwortung der europäischen Integration erst zu einem christdemokratischen Kernthema werden lassen. In Österreich hatte Mitte der 1980er Jahre die veränderte inhaltliche Ausrichtung der FPÖ zwar eine zunehmende Polarisierung zur Folge. Jedoch hat sie zu keiner Veränderung der traditionellen Kernthemen der Christ- und Sozialdemokraten geführt. Die Kernthemen der christdemokratischen Parteien sind überwiegend auf der gesellschaftspolitischen Dimension angesiedelt, während sie dies bei den Sozialdemokraten auf der ökonomischen Dimension sind. Für den grenzübergreifenden Vergleich bleibt festzuhalten, dass im Zeitverlauf die wenigen Änderungen, die tatsächlich stattgefunden haben, die Kernthemen innerhalb der Parteienfamilien einander angeglichen haben.

4. Programmatische Konvergenz oder Divergenz jenseits von Links und Rechts: Die Ergebnisse des Übereinstimmungsindex

Die Analyse der Kernthemen hat aufgezeigt, dass christ- und sozialdemokratische Parteien bei aller Ähnlichkeit vollkommen verschiedene Schwerpunkte in ihren Kernthemen setzen. Innerhalb einer Parteienfamilie sind die Kernthemen vergleichsweise homogen. Im Zeitverlauf gibt es wenn überhaupt eher Tendenzen zu einer weiteren Homogenisierung. Für ein einheitliches Handeln eines Lagers auf europäischer Ebene ist dies von Vorteil. Zwischen den Blöcken scheint eine gewisse Unterschiedlichkeit wünschenswert. Nach Bartolini (1995) ist eine solche Unterscheidbarkeit eine der notwendigen (aber nicht hinreichenden) Bedingungen zur Herstellung von Responsivität im demokratischen Parteienwettbewerb. Doch der Nutzen des Parteienwettbewerbs liegt nicht nur in der Herstellung von Responsivität, sondern auch in der Hervorbringung und Belohnung politischer Innovationen (Lowi 1963). Solche Innovationen können je eher entstehen, desto unterschiedlicher die Parteiprogrammatik grundsätzlich ist. Innovationen entstehen nicht aus sich selbst heraus. Sie knüpfen immer an historisch erworbenen besonderen Eigenschaften an. Die Unterschiedlichkeit der Parteiprogramme stellt somit eine Ressource für politische Innovationen dar (Franzmann 2007). Solche Unterschiede oder Ähnlichkeiten sind bislang fast ausschließlich in dimensionalen Links-Rechts-Begriffen analysiert worden, wie dies auch noch in Abschnitt 5 untersucht werden wird. Doch nicht jeder programmatische Unterschied trägt zu einer ideologischen Polarisierung bei. Ideologisch polarisierend wirken diese Unterschiede, wenn sie erfolgreich an der gesellschaftlichen Spaltungsstruktur anknüpfen können. Programmatische Unterschiede sind somit lediglich eine hinreichende Bedingung für Polarisierung. Die gleichzeitige Anknüpfung dieser Unterschiede an gesellschaftliche Spaltungsstrukturen ist die notwendige Bedingung für Polarisierung. Es soll gezielt die Ähnlichkeit sozial- und christdemokratischer Wahlprogramme betrachtet werden. Hierfür bietet sich der unter 2. vorgestellte Ähnlichkeits- oder Übereinstimmungsindex an. Dieser Ähnlichkeitsindex wird in zweifacher Weise angewendet. Zum einen wird berechnet, wie ähnlich sich die Parteien ein und derselben Familie sind. Eine Homogenisierung der Programmatik ist Voraussetzung zur Kreierung eines europäischen Parteienwettbewerbs. Zum zweiten wird aber auch diskutiert, wie ähnlich sich Christ- und Sozialdemokraten innerhalb ihres eigenen, nationalen Parteiensystems werden. Dies ist wichtig, um die transnationale Entwicklung einordnen zu können. Sind sich die Parteienfamilien ähnlicher als der nationale Konkurrent? Die transnationalen Ähnlichkeiten wurden über den Unterschied zu einem Durchschnittswahlprogramm ermittelt. Die nationalen Ähnlichkeiten werden aus der direkten Gegenüberstellung christ- und sozialdemokratischer Wahlprogramme errechnet.[10] Mit dem Ähnlichkeitsindex lässt sich nun viel genauer als bei den Kernthemen bestimmen, inwieweit sich die Parteien eines Lagers einander angenähert haben. Zugleich kann die bestehende Ungleichheit zwischen den Lagern und das damit verbundene Potential für Innovationen und der Herstellung von Responsivität ermittelt werden.

Die generelle Entwicklungstendenz ist in Diagramm 1a schnell abzulesen. In diesem Diagramm sind die Übereinstimmungen im Vergleich zu den jeweiligen Parteienfamilien sowie zum Hauptgegner für den Durchschnitt der betrachteten EU-Länder aufgeführt. Diagramm 1b fasst dieses Ergebnis ausschließlich für die Schweiz zusammen, um ihre Rolle als Ausreißer hervorzuheben. Für die EU-Staaten ist ein klarer Trend hin zu nationaler wie transnationaler Konvergenz erkennbar. Stimmen 1945-49 noch knapp 50% christ- und sozialdemokratischer Wahlprogramme überein, so waren es 1998-2003 knapp 70%. Zur Periode 1986-91 macht dieser Index einen klaren Sprung nach oben. Die Ähnlichkeiten der Parteienfamilien liegen im kompletten Zeitraum

Diagramm 1a: Die Entwicklung des Ähnlichkeitsindex in den analysierten EU-Mitgliedsstaaten

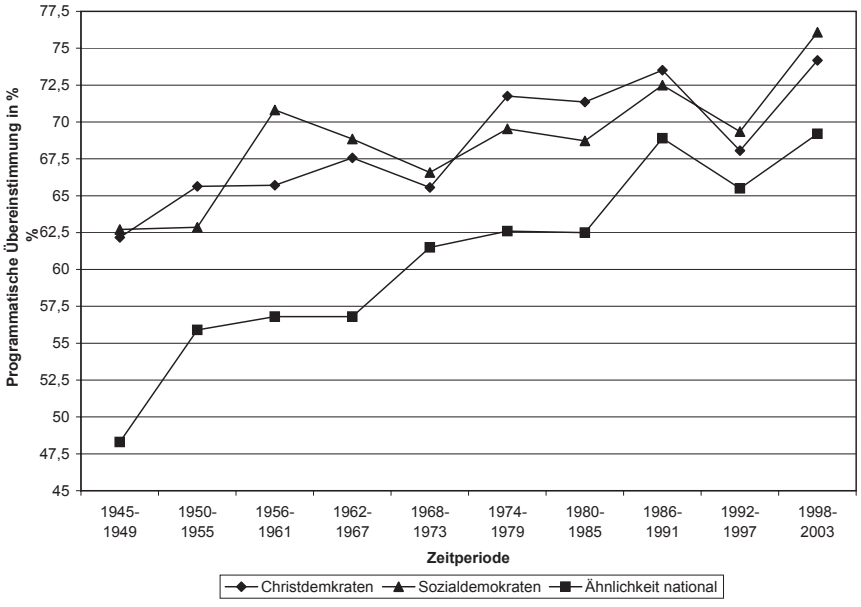
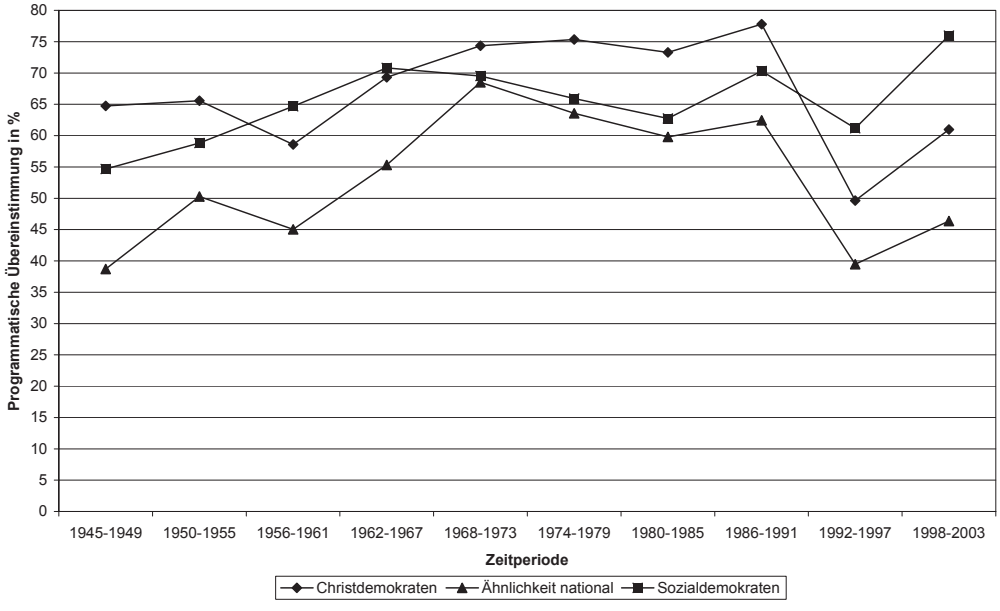


Diagramm 1b: Die Entwicklung des Ähnlichkeitsindex in der Schweiz



über den nationalen Ähnlichkeiten. Allerdings verringert sich dieser Abstand beträchtlich. Interessanterweise liegen die Parteienfamilien mit ihren jeweiligen Werten praktisch über den gesamten Zeitraum gleichauf. Lediglich im Zeitraum von 1956-61 geht diese Entwicklung etwas auseinander. Dort nähern sich die Christdemokraten weiter an, während bei den Sozialdemokraten das Gegenteil der Fall ist. In der Periode 1962-1967 überholen die Sozialdemokraten dann wieder die Christdemokraten, und nach einem gemeinsamen Absinken 1968-73 erfolgt ein weiterer kontinuierlicher Anstieg. Dieser Anstieg wird kurz in der Periode 1992-1997, also während der Zeit der Diskussionen über den Maastrichter Vertrag, gebremst, setzt sich aber zu einem neuen Höchstwert 1998-2003 fort. Die Schweizer Parteien entwickeln sich hingegen vollkommen anders. Zunächst liegen ihre Werte deutlich unter denen der analysierten EU-Staaten. Bis 1973 weisen die Sozialdemokraten sowie der nationale Index einen klaren Konvergenztrend hin zum europäischen Durchschnitt auf. Die CVP wiederum weist mit Ausnahme von 1956-61 bis einschließlich 1986-1991 außergewöhnlich hohe Werte auf. Wie schon bei den Kernthemen zeigt sich hier die Schweizer CVP als besonders typische christdemokratische Partei. Doch 1992-97 brechen die Werte aller drei Indices ein. 1998-2003 erholen sie sich leicht. Die Indexwerte der EU-Länder machen zwar eine ähnliche Bewegung mit, jedoch in einem viel schwächeren Ausmaß. Zeitlich koexistiert dieser Bruch mit der Einführung des Maastrichter Vertrages in den EU-Staaten. Der Bruch in der Schweiz 1992 geht zeitlich mit dem gescheiterten Referendum zum Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum einher. Als Ergebnis durchlief die CVP eine komplette personelle- und inhaltliche Erneuerung. Eine Berechnung des Ähnlichkeitsindex der CVP-Programme bis 1991 und danach ergibt, dass lediglich eine 30%-Übereinstimmung ermittelt werden kann. Ein solch niedriger Wert wird ansonsten noch nicht einmal zwischen Christ- und Sozialdemokraten gemessen.[11]

Die europaweiten Höchstwerte 1998-2003 wiederum korrespondieren mit der Etablierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Schweizer Sozialdemokraten weisen in dieser letzten gemessenen Periode ein im Europäischen Vergleich vollkommen typisches Wahlprogramm auf.

Zusammenfassend lässt sich für die hier untersuchten aktuellen EU-Mitgliedstaaten ein klarer programmatischer Konvergenzprozess sowohl innerhalb der sozial- und christdemokratischen Parteienfamilie als auch zwischen diesen beiden identifizieren. Bis auf geringe Schwankungen scheint dieser Prozess zeitlich nahezu linear abgelaufen zu sein. Die Schweiz weicht erheblich von diesem Muster ab.

5. Ideologische Positionierung auf der Links-Rechts-Skala

Nachdem bis hierhin Kernthemen und programmatische Ähnlichkeiten betrachtet wurden, gilt es den Blick auf die ideologischen Unterschiede zu richten. Lässt sich der beobachtete Konvergenztrend auch ideologisch bestimmen?

Inhaltlich werden sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Politikwissenschaft die ideologischen Unterschiede mit dem Begriffspaar links und rechts beschrieben. Die Begriffe werden dabei selbst in der Wissenschaft recht unterschiedlich benutzt. In der Tradition von Downs (1957) und seiner „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ werden sie in räumlichen Politikmodellen als gegensätzliche Pole einer einheitlichen Politikdimension aufgefasst. Links steht dabei schlicht für „mehr Staat“, rechts für „weniger Staat“. In der Politischen Soziologie wird nicht von einer einheitlichen Dimension, sondern von einem konstruierten Schema ausgegangen, dessen Bedeutung zeitlich wie räumlich stark variieren kann (Fuchs/Klingemann 1990).

Bobbio (1994, 76ff.) hat für das Begriffspaar eine zeitlose Bedeutung herausgearbeitet, auf die sich der Autor hier auch beziehen will. Für Bobbio ist rechts mit „Hierarchie“ und links mit „Gleichheit“ verbunden. Er sieht die Frage von Freiheit und Autorität als eine sekundäre Frage an.[12] Sie entscheide nicht über links oder rechts, sondern über die Methode, wie Gleichheit oder Hierarchie zu erreichen sei. Die Befürworter der Freiheit sind dabei die jeweils gemäßigten Parteien. Im Sinne Bobbios haben christ- und sozialdemokratischen Parteien ihre mäßigende, auf Freiheit befürwortende Methode gemeinsam, während sie sich in der Frage der Gleichheit unterscheiden. In ökonomischen Fragestellungen sind sozialdemokratische und sozialistische Parteien diejenigen, die für eine größere Gleichheit eintreten und somit als „links“ angesehen

Tabelle 2: Die Entwicklung der Links-Rechts-Positionen für die christ- und sozialdemokratische Parteienfamilie

Christdemokraten

Zeit	LR allgemein	LR gesellschaftspolitisch	LR ökonomisch
1945-1949	6.26	6.37	6.03
1950-1955	6.29	6.27	6.45
1956-1961	6.09	5.96	6.19
1962-1967	5.51	5.61	5.56
1968-1973	5.23	5.27	5.15
1974-1979	5.50	5.16	5.77
1980-1985	5.77	5.25	6.02
1986-1991	5.84	5.53	6.00
1992-1997	5.85	5.82	5.75
1998-2003	5.73	5.84	5.58

Sozialdemokraten

Zeit	LR allgemein	LR gesellschaftspolitisch	LR ökonomisch
1945-1949	3.62	3.75	3.58
1950-1955	3.61	3.61	3.55
1956-1961	3.60	3.42	3.64
1962-1967	3.40	3.33	3.43
1968-1973	3.21	3.24	3.13
1974-1979	3.25	3.15	3.21
1980-1985	3.51	3.41	3.49
1986-1991	3.76	3.51	3.95
1992-1997	3.95	3.90	3.98
1998-2003	4.11	4.47	3.72

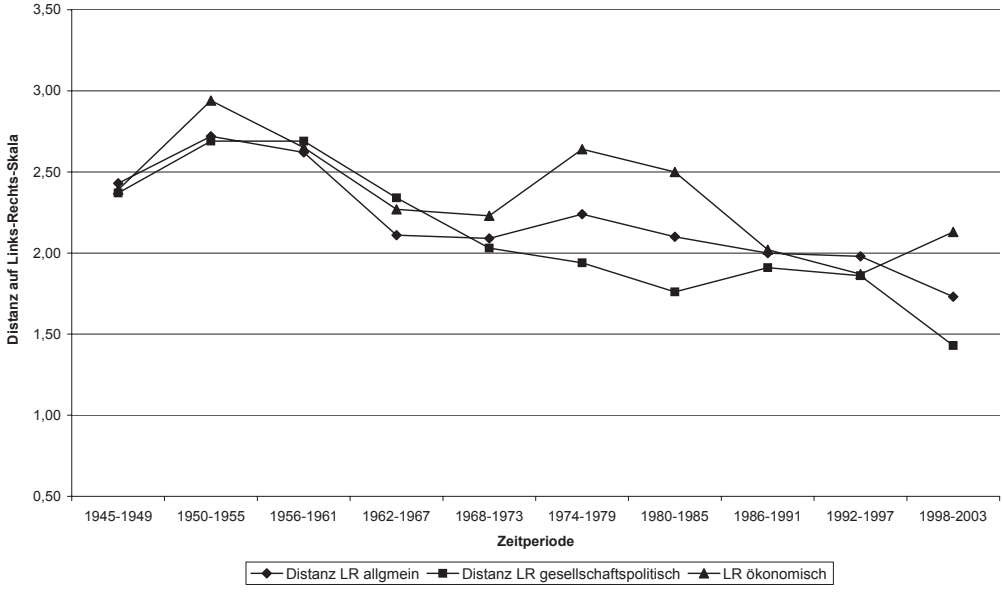
Quelle: Franzmann/Kaiser (2006), www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html
Sämtliche im Artikel dargestellten Ergebnisse beruhen auf den CMP-Datensatz aus Budge et al. (2001) bzw. Klingemann et al. (2006).

werden können. Bei christdemokratischen Parteien ist eine solche Verortung in ökonomischen Fragen auf Grund ihres klassenübergreifenden Charakters nicht so eindeutig zu erwarten. Hingegen favorisieren sie in gesellschaftlichen Fragestellungen eher hierarchische Lösungen und sollten hier eindeutig „rechts" zu verorten sein.

In der empirischen Analyse zeigt sich, dass sowohl in der allgemeinen als auch in den speziellen Links-Rechts-Skalen bis auf ganz wenige Ausnahmen die Sozialdemokraten immer links von den Christdemokraten platziert sind.[13]

Werden wie in Tabelle 2 die Durchschnittswerte aus allen betrachteten Parteiensystemen zu Grunde gelegt, so scheint sich auf dem ersten Blick die Konvergenzthese von Keman/Pennings (2006) zu bestätigen. Für alle drei Skalen zeigen sich hoch signifikante Konvergenztrends. Deutlich wird dies insbesondere in Diagramm 2, wo die ideologische Distanz zwischen Christ- und Sozialdemokraten dargestellt ist. Auffallend ist, dass sich die Unterschiede auf der Skala für gesellschaftliche Themen deutlich stärker reduziert haben als für ökonomische. Bei letzteren ist bei der letzten Zeitperiode sogar ein leichter Anstieg zu verzeichnen! Vergegenwärtigt man sich noch einmal die Ergebnisse aus Tabelle 2 und analysiert die Entwicklung der absoluten Werte, so fällt eine leichte Wellenbewegung auf. Zunächst kommt es zu einer allgemeinen Linksverschiebung sowohl bei Christ- als auch bei Sozialdemokraten, wobei sich die Christdemokraten etwas weiter nach links bewegen. Diese Bewegung kehrt sich ab 1974 in einen Rechtstrend um, der wiederum beide Parteienfamilien erfasst. Diesmal reagieren die Sozialdemokraten deutlich stärker als die Christdemokraten, insbesondere auf der gesellschaftlichen Skala. Die Bewegung „hin zur Mitte" ist immer stärker als die an den Rand, also die ohnehin schon vergleichsweise linken Sozialdemokraten gehen weniger stark nach links bis Anfang der 1970er, und die vergleichsweise rechten Christdemokraten ab 1974 weniger stark nach rechts. Luxemburg und

Diagramm 2: Distanzen zwischen Christ- und Sozialdemokraten



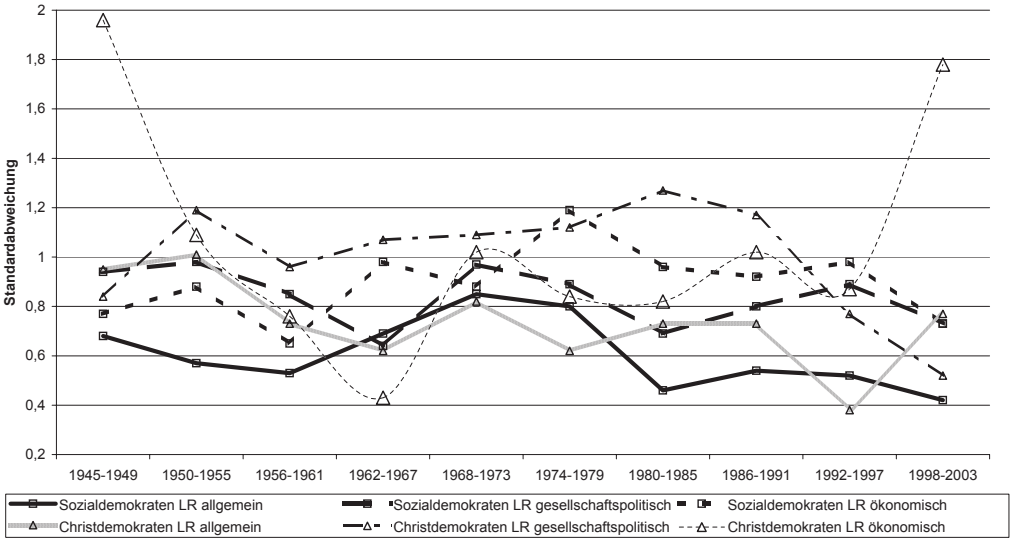
Italien weisen sogar für alle Skalen positive Zusammenhänge auf, d.h. hier neigten die Parteiensysteme dazu, sich eher zwischen Christ- und Sozialdemokraten weiter zu polarisieren. In Deutschland ist ein zunehmender Abstand auf der gesellschaftlichen, nicht jedoch auf der ökonomischen Achse zu beobachten. Diese doch deutlichen Unterschiede zu den Befunden von Keman/Pennings (2006) können damit erklärt werden, dass dort ein statisches Links-Rechts-Schema mit zeitinvarianten Links-Rechts-Definitionen angewandt wurde. Nur muss davon ausgegangen werden, dass sich im Zeitverlauf die Bedeutung einzelner Issues gewandelt hat. Die Franzmann-Kaiser-Methode berücksichtigt diesen Wandel. Was Keman/Pennings (2006) messen, ist, wie sich Christ- und Sozialdemokraten zu den traditionellen Links-Rechts-Fragen stellen. Hier könnte es eine ideologische Konvergenz geben. Dies scheint aber nicht für die neuen Themen zu gelten.

Unterstützt werden die Ergebnisse von Volkens (2004), dass es bis in die 1960er Jahre hinein eine parallele Linksverschiebung der Sozialdemokraten und ihrer Hauptkontrahenten gab und ab den 1980er Jahren eine entsprechende Rechtsverschiebung. Allerdings erlaubt die Aufspaltung in eine gesellschaftliche und eine ökonomische Dimension eine detaillierte Betrachtung dieses Phänomens. Tatsächlich erfolgt bis Ende der 1960er Jahre eine parallele Linksverschiebung in allen drei erhobenen Skalen. Bis zu Beginn der 1990er Jahre bleibt der allgemeine Links-Rechts-Unterschied allerdings bis auf kleinere Schwankungen recht stabil. Auf der gesellschaftlichen Skala nähern sich die beiden Parteienfamilien weiter an, während sie auf der ökonomischen Skala zunächst weiter auseinanderrücken und erst ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sich wieder annähern. In der letzten Untersuchungsperiode vergrößerte sich wieder die ökonomische Distanz, während sich die gesellschaftliche verkleinert. Diese Ergebnisse legen nahe, dass der Rechtstrend der sozialdemokratischen Parteien in ökonomischen Fragen ein eher vorübergehendes Phänomen war. In gesellschaftlichen Fragen scheint aber eine Verstetigung stattzufinden. Dies könnte auf die Etablierung grüner Parteien zurückgeführt werden, die in der gesellschaftlichen Dimension eindeutig linke Positionen besetzen und den alten Platz der Sozialdemokraten einnehmen konnten. In ihren ökonomischen Kernfragen scheinen die Sozialdemokraten wieder zu ihrer alten relativen Positionierung zurückzukehren. Die Kernthemen der Christdemokraten liegen fast ausschließlich auf der gesellschaftlichen Achse. Und auch dort scheinen sich die Christdemokraten wieder auf ihren alten Platz zurückzubewegen. Dieses Ergebnis korrespondiert mit dem erheblichen Beharrungsvermögen der unter 3. identifizierten Kernthemen der Parteien. Die Erhaltung der Kernthemen scheint somit die ideologische Wandlungsfähigkeit der Parteien erheblich einzuschränken und verdeutlicht noch einmal die Notwendigkeit, vor dem Übereinstimmungsindex und der Links-Rechts-Skala die Kernthemen eindeutig zu identifizieren.

Abschließend soll untersucht werden, wie sich Christ- und Sozialdemokraten grenzübergreifend entwickelt haben. Diagramm 3 gibt einen Überblick, wie sich die Standardabweichung der ideologischen Positionen für jede Parteienfamilie entwickelt hat. Der Ausreißer Schweiz ist hier nicht enthalten. Die durchgezogene Linie beschreibt dabei jeweils die Entwicklung der allgemeinen, die gepunktete der gesellschaftlichen, die gestrichelte der ökonomischen Links-Rechts-Skala.

Sowohl in der ersten als auch letzten analysierten Zeitperiode fällt die extrem hohe Standardabweichung auf der ökonomischen Skala bei den Christdemokraten auf. Dazwischen sind die Werte eher moderat und erreichen 1962-1967 ein Minimum. Während sich der Ausreißer für 1945-49 leicht durch die Programmfindung in der Nachkriegszeit erklären lässt, scheint für 1998-2003 kein intuitiver Grund erkennbar. In Folge der Globalisierung und Tertiarisierung unter-

Diagramm 3: Standardabweichungen der ideologischen Positionen innerhalb der Parteienfamilien in den analysierten EU-Ländern



scheiden sich christdemokratische Parteien verstärkt in ökonomischen Fragen. In gesellschaftspolitischen Fragen sind sie hingegen so harmonisch wie nie. In den Jahrzehnten zuvor hatten aber gerade in diesen Fragen christdemokratische Parteien variiert. Für die allgemeine Skala zeigt sich bis 1992-97 eine klare Konvergenz für die Christdemokraten, die sich aber auf Grund des Ausreißers auf der ökonomischen Skala 1998-2003 wieder zurückentwickelt. Auch dies unterstützt die Interpretation, dass die Parteien auf der Dimension ideologisch flexibel sind, auf der nicht ihre Kernthemen liegen, und umgekehrt.

Innerhalb der sozialdemokratischen Parteienfamilie zeigt sich wie bei den anderen beiden zuvor untersuchten Kriterien auch eine deutlich höhere Homogenität. Die höchsten Standardabweichungen weisen sie in den 1970er Jahren auf. Die allgemeine Skala erreicht 1968-73 ihren höchsten Wert, verharrt dann seit 1980 auf relativ niedrigen Werten. Dieser Wert liegt unter den der beiden Teilskalen. Das heißt sozialdemokratische Parteien unterscheiden sich transnational in einer der beiden konstruierten Dimensionen, aber so gut wie nie in beiden zugleich. Gesellschaftlich zeigt sich eine Wellenbewegung, die sich kontinuierlich bei Werten zwischen 0,6 und 1 befindet. Auf der ökonomischen Skala bewegen sich die Standardabweichungen zunächst hin zu einem Maximum 1974-79, um von dort wieder kontinuierlich zu fallen.

Verglichen mit den Werten des Übereinstimmungsindex, der einen klaren Konvergenztrend zeigt, kann dies bei den ideologischen Positionierungen nur bei den Sozialdemokraten festgestellt werden. Bei den Christdemokraten sowie dem Distanzvergleich der beiden Parteienfamilien zeigt sich dieser Trend ausschließlich in der gesellschaftspolitischen, nicht aber in der ökonomischen Dimension. Die zeitweilig erfolgte Annäherung in ökonomischen Fragen scheint auf Seiten sozialdemokratischer Parteien auf Grund einer Rückbesinnung auf linke Positionen nicht von Dauer zu sein.

6. Zusammenfassung und Diskussion

Im vorliegenden Beitrag wurde eine empirische Bestandsaufnahme gemacht, inwieweit sich die christ- und sozialdemokratische Parteienfamilie programmatisch einander angenähert haben und wie sich transnational die Programmatik innerhalb der jeweiligen Parteienfamilie entwickelt hat. Eine vereinheitlichte Programmatik innerhalb der jeweiligen Parteienfamilien ließe ein gemeinschaftliches Handeln auf EU-Ebene wahrscheinlicher werden. Tatsächlich kann auf der Basis übereinstimmender Kernthemen ein im Untersuchungszeitraum relativ konstanter Trend hin zu einer Homogenisierung der nationalen Wahlprogramme konstatiert werden. Für ideologische Links-Rechts-Betrachtungen gilt dies auch, allerdings weniger stark und in den einzelnen Dimensionen unterschiedlich stark ausgeprägt. Bei den Unterschieden zwischen den Parteienfamilien ist die Konvergenz auf der Links-Rechts-Skala ebenfalls geringer ausgeprägt als bei den Werten des Ähnlichkeitsindex.

Als Ergebnisse der empirischen Untersuchung lassen sich im Einzelnen festhalten:

(1) In ihren jeweiligen Kernthemen unterscheiden sich die beiden Parteienfamilien weiterhin deutlich. Die Parteienfamilien erscheinen relativ homogen, wobei die Sozialdemokraten ein deutlich homogeneres Portfolio an Kernthemen aufweisen. Dies lässt sich leicht auf das gemeinsame Erbe aus der Arbeiterbewegung zurückführen. Das programmatische Profil christdemokratischer Parteien scheint stärker von den historischen Besonderheiten des jeweiligen Staatswesens beeinflusst zu sein.
(2) Über Zeit ist das Portfolio an Kernthemen einer Partei äußerst stabil und unflexibel. Den etablierten Parteien ist es im Untersuchungszeitraum nicht gelungen, neue Themenführerschaften zu erlangen. Änderungen bei den etablierten Parteienfamilien sind fast ausschließlich auf Parteienfusionen, Parteium- oder Parteineugründungen zurückzuführen.
(3) Die Werte des Ähnlichkeitsindex weisen sowohl innerhalb als auch zwischen den Parteienfamilien im Zeitverlauf einen klaren, fast linear verlaufenden Anstieg der programmatischen Übereinstimmung auf. Dies gilt insbesondere für die untersuchten EU-Mitgliedstaaten.
(4) Die Entwicklung der programmatischen Übereinstimmung von Christ- und Sozialdemokraten verläuft fast parallel und auf ähnlichem Niveau.
(5) Die Schweiz ist insofern ein Ausreißer aus dieser Bewegung, als dass sie bis 1992 die Programme mit der höchsten Übereinstimmung mit dem europäischen Durchschnitt aufwies. Zeitnah zum gescheiterten Referendum zum EWG-Beitritt brechen alle drei Ähnlichkeitsindices in ihren Werten ein. Besonders ausgeprägt ist dieses Phänomen bei der CVP.
(6) Grundsätzlich kann über den gesamten Untersuchungszeitraum gesehen zwischen den beiden Parteienfamilien von einer Abnahme der ideologischen Distanz in allen drei erhobenen Dimensionen gesprochen werden. Dabei gilt diese Konvergenz insbesondere für die gesellschaftspolitische Dimension. Für die ökonomische Dimension zeigt sich in der letzten Untersuchungsperiode ein gegenläufiger Trend. Für die allgemeine Links-Rechts-Dimension kann eine stetige, leichte Abnahme der Distanz festgestellt werden. Sie ist aber längst nicht so ausgeprägt wie bei Keman und Pennings (2006).
(7) In der Betrachtung der absoluten Parteieinzelwerte fällt auf, dass sozialdemokratische Parteien in allen drei Skalen so gut wie nie Werte rechts von den Christdemokraten aufweisen und umgekehrt. Das ist eine starke empirische Bestätigung des von Downs (1957, 109f.) vermuteten „ideologischen Überholverbots“. Demnach seien trotz aller strategischen Aus-

richtung die Parteieliten auf Grund institutioneller Rahmenbedingungen und nicht zuletzt ihrer eigenen Wahlversprechen an ihre Grundideologie gebunden.

(8) Hierzu passt auch die Beobachtung, dass die Links-Rechts-Werte sich in einer Art Wellenbewegung parallel bewegen. Ähnlich wie bei Volkens (2004) kann bis Ende der 1960er Jahre ein paralleler Linkstrend beobachtet werden, der sich ab den 1980er Jahren in einen parallelen Rechtstrend umkehrt. Allerdings kehren die Parteienfamilien auf der ideologischen Dimension, in der sie ihre Kernthemen besitzen, wieder in Richtung ihrer ursprünglichen Ausgangswerte zurück. Die Christdemokraten rücken auf der gesellschaftspolitischen Skala wieder nach rechts und die Sozialdemokraten auf der ökonomischen Skala wieder nach links. Hervorzuheben ist, dass programmatische Übereinstimmung und ideologische Polarisierung statistisch voneinander unabhängig sind.

(9) Beim transnationalen Vergleich der Entwicklung innerhalb der Parteienfamilien zeigt sich anhand der Standardabweichung für die Links-Rechts-Werte ein uneinheitliches Bild. Die Christdemokratischen Parteien weisen auf der gesellschaftlichen Skala eine seit 1990 stark zunehmende Harmonisierung auf. Auf der ökonomischen Skala zeigen sie hingegen sowohl in der ersten als auch in der letzten Untersuchungsperiode vergleichsweise hohe Standardabweichungswerte. Bei den sozialdemokratischen Parteien zeigt sich vor allem auf der allgemeinen Links-Rechts-Skala ein Konvergenztrend. Für die einzelnen Dimensionen zeigt sich das jedoch nicht so deutlich. Offenkundig unterscheiden sich sozialdemokratische Parteien lediglich in einer der beiden Dimensionen vom europäischen Durchschnitt. Auffallend ist, dass in der Phase der Ölkrise die sozialdemokratischen Parteien die höchste Standardabweichung auf der ökonomischen Dimension aufweisen.

Die hier berichteten Ergebnisse sind zum Teil gut mit den auf Zeitungsauswertungen basierenden Ergebnissen bei Kriesi et al. (2006) vereinbar. Dort wird auch die verringerte Distanz auf der gesellschaftlich-kulturellen Dimension auf die Etablierung grüner Parteien und eine moderatere Position der Sozialdemokraten zurückgeführt. Die gestiegene Salienz gesellschaftlicher Themen im Vergleich zu ökonomischen Themen kann indirekt für die letzte Periode bestätigt werden. Der Konvergenztrend der gesellschaftlichen Skala fällt hier stärker ins Gewicht als der divergierende auf der ökonomischen Skala, wie an der verringerten Distanz der allgemeinen Skala abgelesen werden kann. Die dort formulierte Kritik an der Verwendung des CMP-Datensatz greift hier jedoch nicht, da hier auf andere Auswertungsmethoden zurückgegriffen wurde.

Es bleibt weiterhin offen, inwieweit Europäisierung als eigenständiger Faktor neben der Globalisierung und der Tertiarisierung Konvergenztrends in den untersuchten Staaten verursacht hat. Insbesondere die Ergebnisse des Ähnlichkeitsindex lassen aber vermuten, dass die Europäische Integration sowohl transnational innerhalb der Parteienfamilien als auch national zwischen Sozial- und Christdemokraten einen stark harmonisierenden Einfluss auf die Programmatik hat.

ANMERKUNGEN

1 Für tatkräftige Hilfe bei Zusammenstellung und Bearbeitung der Daten, Diagramme und Tabellen sowie des Textes bedanke ich mich herzlich bei Marie-Luise Schmitz, Iskander Chemli, Oliver Franzmann, Ingeborg Strohmeyer und Stefanie Korte. Für inhaltliche Anregungen, Kommentare und Überarbeitungshinweise bedanke ich mich herzlich bei Hubert Sickinger, Sylvia Kritzinger, André Kaiser und der Gutachterin oder dem anonymen Gutacher der ÖZP.

2 Auf Grund ihrer extremen Heterogenität wurden liberale Parteien nicht betrachtet.
3 Die Zeitreihe für Frankreich setzt sich aus UNR, UDT, RPR und UMP als Gegenspieler der Sozialisten zusammen, auch wenn sie nach ihrem eigenen Verständnis keine Christdemokraten sind. In Italien existieren seit 1996 weder die DC noch die PSI weiter. In der letzten Untersuchungsperiode wurde daher für die Christdemokraten das Wahlprogramm des „Casa delle Libertà", für die Sozialisten das der „L'Unione" zu Grunde gelegt.
4 Gleiches gilt für „Soziale Harmonie", die in Schweden ein Kernthema der Sozialdemokraten, sonst aber immer der politischen Rechten ist (Franzmann/Kaiser 2006). Mit dem vom CMP selbst vorgeschlagenen Raster beraubt sich die Forschungsgruppe selbst der größten Stärke ihres Datensatzes, nämlich die Besonderheiten des nationalen Parteienwettbewerbs sichtbar machen zu können.
5 Es kann davon ausgegangen werden, dass solche Themen auf Grund der geringen Fallzahl (zwischen 15 und 22 Wahlen) in der empirischen Untersuchung nicht signifikant werden, dies aber mit zunehmender Fallzahl werden.
6 Einige weitere bei Franzmann/Wagner (1999, 78-80) vorgestellten Indizes könnten je nach Fragestellung sinnvoll auf den CMP-Datensatz angewandt werden.
7 In einer früheren Version dieses Artikels wurde eine entsprechende theoretische Synthese vorgestellt. Es zeigt sich jedoch, dass auf Grund der enormen Komplexität eine stimmige und verständliche Darstellung den für diesen Beitrag zur Verfügung stehenden Rahmen bei weitem gesprengt hätte.
8 Als „eigentliche" christdemokratische Parteien werden nur solche aufgefasst, deren historische Wurzeln zumindest einen starken katholischen Zweig beinhalten. Die neu gegründeten christdemokratischen Parteien in Skandinavien werden somit auf Grund ihrer „Jugend" und ihrer Wurzeln im Protestantismus als atypisch angesehen und hier nicht behandelt.
9 Die Konzeption des Issue-Marktes wird ausführlich in Franzmann (2006; 2007) erläutert. Er setzt sich von der Diktion des Wählermarktes insofern ab, als dass keine einheitliche politische Dimension als entscheidend im Stimmenwettbewerb gesehen wird. Die WählerInnen verteilen sich unregelmäßig auf das programmatische Angebot der Parteien und wählen die Themen aus, die am ehesten ihrer persönlichen Agenda entsprechen und von den Parteien bedient werden. Entscheidend für Parteien zum Gewinn von Wahlen ist aus dieser Sichtweise, die Themenführerschaft in den eigenen Kernthemen zu behaupten und umgekehrt den Hauptkonkurrenten in dessen Kernthemen gezielt anzugreifen. Dies entspricht der salienztheoretischen Konzeption des Issue-Ownerships (Petrocik 1996).
10 Die Ergebnisse für die Ähnlichkeitswerte können im Online-Anhang unter http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/mitarbeiter/franzmann/oezp_anhang.pdf der Tabelle A1 entnommen werden. Zu jedem Land ist die Übereinstimmung in den Salienzen zum Durchschnittsprogramm der jeweiligen Parteienfamilie in Prozent aufgeführt. Zusätzlich findet sich daneben die Angabe, wie ähnlich sich die Christ- und Sozialdemokraten innerhalb des nationalen Parteienwettbewerbs sind. Darüber hinaus wurde die Differenz der Ähnlichkeit zum Hauptkonkurrenten im nationalen System und der zum durchschnittlichen Programm der Parteienfamilie berechnet. Somit kann deutlich gemacht werden, ob nationale oder ideologische Besonderheiten die Parteien stärker prägen. Um die Entwicklungstrends im Zeitverlauf deutlicher zu machen, wurde zu jeder Zeitreihe eine Regression über die Zeit durchgeführt. Der Richtungszusammenhang und die Signifikanz des Modells sind angegeben. Diese Regressionen haben nur die Zeit als erklärende Variable für die Varianz in den Wahlprogrammen. Bei jeweils zehn Datenpunkten bleiben neun Freiheitsgrade übrig. Der Koeffizientenwert wird aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht berichtet, kann aber beim Autor angefragt werden. Aus Sicht des Autors ist aber der Richtungszusammenhang, also Konvergenz oder Divergenz entscheidend, sowie die Signifikanz dieser Entwicklung. Das berichtete R2 korrespondiert ohnehin bei der univariaten Regression mit der Stärke des geschätzten Zusammenhangs.
11 Als weiterer Vergleichsmaßstab sei hier erwähnt, dass der Wert des Übereinstimmungsindex zwischen „New Labour" im Jahre 1997 und „Old Labour" im Jahre 1983 in Großbritannien 50% beträgt.
12 Das unterscheidet Bobbios Ansatz z.B. deutlich von dem von Kitschelt (1994), der eine eigenständige libertär-autoritäre Achse quer zur Links-Rechts-Achse identifiziert und ihre zunehmende Bedeutung betont.
13 Auf der allgemeinen Skala gibt es sogar keine einzige Ausnahme. Auf der ökonomischen Skala sind die Ausnahmen Wallonien 1986–1991, Frankreich 1998–2003 und Italien 1945–1949. Auf der gesellschaftlichen Skala sind die Ausnahmen Italien 1950–1955 und Österreich 1974–1979. Für Flandern und Wallonien wurden für den gesamten Untersuchungszeitraum zwei getrennte Schemata zur Erhebung der Issue-Charaktere erhoben. Dieses Schema wurde auch auf die Wahlen in den ersten Wahlen mit noch über die Sprachgrenzen hinweg einheitlichen Parteien angewandt. Somit ergeben sich dort unterschiedliche Werte für Flandern und Wallonien. Die zugrunde liegenden Links-Rechts-Werte nach der Franzmann-Kaiser-Methode sind für alle Länder im Internet unter http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html abrufbar. Dort ist auch detailliert beschrieben, welche Kategorien zu welcher Skala zusammengefasst wurden. Auf der allgemeinen Skala gibt es sogar keine einzige Ausnahme. Auf der ökonomischen Skala sind die Ausnahmen Wallonien 1986–1991, Frankreich 1998–2003 und Italien 1945–1949. Auf der gesellschaftlichen Skala sind die Ausnahmen Italien 1950–1955 und Österreich 1974–1979. Für Flandern und Wallonien wurden für den gesamten Untersuchungszeitraum zwei getrennte Schemata zur Erhebung der Issue-Charaktere erhoben. Dieses Schema wurde auch auf die Wahlen in den ersten Wahlen mit noch über die Sprach-

grenzen hinweg einheitlichen Parteien angewandt. Somit ergeben sich dort unterschiedliche Werte für Flandern und Wallonien. Die zugrunde liegenden Links-Rechts-Werte nach der Franzmann-Kaiser-Methode sind für alle Länder im Internet unter http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html abrufbar. Dort ist auch detailliert beschrieben, welche Kategorien zu welcher Skala zusammengefasst wurden. Die Tabelle A2 mit den ideologischen Distanzen zwischen Christ- und Sozialdemokraten für jedes Land und für den Durchschnitt aller analysierten Länder ist im Internet unter http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/mitarbeiter/franzmann/oezp_anhang.pdf einsehbar. Die Tabelle A2 ist analog zu der für die Ähnlichkeitswerte aufgebaut (siehe Fußnote 10).

LITERATURVERZEICHNIS

Bartolini, Stefano (1995). Parteienkonkurrenz. Analytische Dimensionen und empirische Probleme, in: Brigitta *Nedelmann* (Hg.): Politische Institutionen im Wandel, Opladen, 57–82.

Bartolini, Stefano (2000). The Political Mobilization of the European Left 1860–1980: The Class Cleavage, Cambridge.

Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.

Budge, Ian/David *Robertson* (1987). Comparative Analyses of Post-War Electoral Programmes, In: Ian *Budge*/David *Robertson*/Derek *Hearl* (Hg.): Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies, Cambridge, 387–416.

Budge, Ian/Hans-Dieter *Klingemann*/Andrea *Volkens*/Judith *Bara*/Eric *Tanenbaum* (Hg.) (2001). Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998, Oxford.

Budge, Ian/ Hans-Dieter *Klingemann*, (2001). Finally! Comparative Over-Time Mapping of Party Policy Movement, in: Ian *Budge* et al. (Hg.): Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998, Oxford, 19–50.

Dolezal, Martin (2005). Globalisierung und die Transformation des Parteienwettbewerbs in Österreich. Eine Analyse der Angebotsseite, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2005 (2), 163–176.

Downs, Anthony (1957). An Economic Theory of Democracy, New York.

Duncan, Otis Dudley/Beverly *Duncan* (1955). A Methodological Analysis of Segregation Indexes, in: American Sociological Review, 20, 210–217.

Esping-Andersen, Gøsta (1999). Politics without Class: Postindustrial Cleavages in Europe and America, in: Herbert *Kitschelt* et al. (Hg.) (1999): Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge, 293–316.

Franzmann, Gabriele/Michael *Wagner* (1999). Heterogenitätsindices zur Messung der Pluralität von Lebensformen und ihre Berechnung in SPSS6, in: ZA Information, 44, 75–95.

Franzmann, Simon (2006). Parteistrategien auf oligopolistischen Issue-Märkten. Eine empirische Analyse der Wahlprogrammatik in Deutschland, Dänemark, Österreich und den Niederlanden mit Hilfe des Gutenberg-Modells, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 47(4), 571–594.

Franzmann, Simon (2007). Competition, Contest, and Cooperation. The Analytical Framework of the Issue-Market (Eingereicht zur Begutachtung).

Franzmann, Simon/André *Kaiser* (2006). Locating Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data, in: Party Politics, Vol. 12(2), 163–188.

Fuchs, Dieter/Hans-Dieter *Klingemann* (1990). The Left-Right Schema, in: M. Kent *Jennings* et al. (Hg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, New York, Berlin, 203–234.

Keman, Hans (1997): Centre-Space Politics. Party Behaviour in Multi-Party Systems, in: Hans *Keman* (Hg.): The Politics of Problem-Solving in Postwar Democracies, Basingstoke, London, 85–112.

Keman, Hans/Paul *Pennings* (2006). Competition and Coalescene in European Party Systems: Social Democracy and Christian Democracy Moving into 21st Century, in: Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 12(2), 95–126.

Klingemann, Hans-Dieter/Andrea *Volkens*/Judith *Bara*/Ian *Budge*/Michael *McDonald* (Hg.) (2006). Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, European Union and OECD 1990–2003, Oxford.

Kitschelt, Herbert (1994). The Transformation of European Social Democracy, Cambridge.

Kitschelt, Herbert/Peter *Lange*/Gary *Marks*/John D. *Stephens* (Hg.) (1999). Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge.

Kriesi, Hanspeter (2001). Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt, in: Ansgar *Klein*/Ruud *Koopmans*/Heiko *Geinling* (Hg.): Globalisierung, Partzipation, Protest, Opladen, 23–44.

Kriesi, Hanspeter/Edgar *Grande*/Romain *Lachat*/Martin *Dolezal*/Simon *Bronschier*/Timotheus *Frey* (2006). Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared, in: European Journal of Political Research, 45, 921–956.

Ladrech, Robert (2002). Europeanization and Political Parties: Towards a Framework for Analysis, in: Party Politics, Vol. 8(4), 389–404.

Lipset, Seymor Martin/Stein *Rokkan* (1967). Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York.

Lowi, Theodore (1963). Toward Functionalism in Political Science: The Case of Innovation in party systems, in: American Political Science Review, 57, 570–583.

Mair, Peter (2007). Chapter 12: Political Parties and Party Systems, in: Paolo *Graziano*/Maarten *Vink* (Hg.): Europeanization: New Research Agendas, Basingstoke, 154–166.

Pelizzo, Ricardo (2003). Party Positions or Party Direction? An Analysis of Party Manifesto Data, in: West European Politics, 26, 67–89.

Petrocik, John R. (1996). Issue Ownership in Presidential Election, with a 1980 Case Study, in: American Journal of Political Science, Vol. 40(3), 825–50.

Rokkan, Stein (2000). Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora, Frankfurt/Main.

Seils, Eric (2007). Die deutsche Krise: Interessen und Strategien von Produzentengruppen im Reformprozess. Erscheint in: Klaus Dieter *Wolf* (Hg.): Staat und Gesellschaft – Fähig zur Reform? Baden-Baden.

van Kersbergen, Kees (1997). Between Collectivism and Individualism, in: Hans *Keman*. (Hg.): The Politics of Problem-Solving in Postwar Democracies, Basingstoke, London, 113–140.

van Kersbergen, Kees (1999). Contemporary Christian Democracy and the Demise of the Politcs of Mediation, in: Herbert *Kitschelt*/Peter *Lange*/Gary *Marks*/John D. *Stephens* (Hg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge, 346–370.

Volkens, Andrea (2004). Policy Changes of European Social Democrats 1945–98, in: Giuliano *Bonoli*/Martin *Powell* (Hg.): Social Democratic Party Policies in Contemporary Europe, London, New York, 21–42.

Volkens, Andrea (2006). Policy changes of parties in European Parliament party groups, in: Judt *Bara*/Albert *Weale* (Hg.): Democratic Politics and Party Competition. Essay in honour of Ian Budge, London, New York, 56–81.

AUTOR

Simon FRANZMANN, Diplom Volkswirt, studierte Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seit 2004 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine Forschung konzentriert sich auf Theorien des Parteienwettbewerbs, die Entwicklung westeuropäischer Parteiensysteme und der empirischen Bestimmung von Parteipositionen.

Korrespondenzadresse: Universität zu Köln, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, Postfach 41 10 20, D-50 870 Köln.

E-Mail: franzmann@wiso.uni-koeln.de